

	Anfragen-Nr.	
	AF-0062/2020	

Anfrage

Frau Gisela Rexrodt
Vorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion

Betreff
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion - VUW III

I. Sachverhalt

Sachverhalt zu 1.

Verkehrsministerin Keller informierte, dass das Azubi-Ticket bis zum 31.12.2020 verlängert wurde. Die Kosten belaufen sich pro Ticket auf 179,44 €.

Auszubildende zahlen 50 €, der Freistaat übernimmt die Differenz von 129,44 €.

Diese Differenzzahlungen werden vom Ministerium entsprechend der Vorgaben an die empfangsberechtigten Aufgabenträger (hier VUW) monatlich ausgezahlt und müssen entsprechend der Vorschrift an die beauftragten Verkehrsunternehmen ebenfalls monatlich weitergereicht werden.

Die vom Land an die VUW gezahlten Mittel für das Azubi - Ticket wurden entgegen den Vorgaben von Juni 2019 bis November 2019 nicht an die beauftragten Verkehrsunternehmen weitergeleitet/ausgezahlt.

Sie wurden seitens der Unternehmensleitung ohne Begründung zurückgehalten.

Erst massive Beschwerden beim zuständigen Ministerium führten zu der vorgeschriebenen Auszahlung Ende November.

Sachverhalt zu 2.

In der letzten Verwaltungsratssitzung am 18.12. 2019 informierte der Vorstand, Herr Schauerte, mündlich, dass pro Fahrer 5,5 Überstunden in 2019 aufliefen.

Im Bericht des Geschäftsführers vom 18.12.2019 informiert er den Verwaltungsrat darüber, dass für alle Mitarbeiter des Unternehmens 26.000 Überstunden zu Buche stehen.

Das bedeutet für jeden Mitarbeiter 121 Überstunden (bei 214 Mitarbeitern laut Haushaltsplan 2020) in 2019.

Dieser erhebliche Unterschied in den Aussagen des Vorstandes, Herrn Schauerte, dürfte auch den Mitgliedern des Verwaltungsrates nicht unbemerkt geblieben sein.

Sachverhalt zu 3.

Im Wirtschaftsplan 2019 werden 675.000 € für den Gelegenheitsverkehr, 1,1 Mio. € für die Individualbeförderung und 300.750 € unter „Sonstige Erlöse ÖPNV“ ausgewiesen.

Tatsache ist aber, dass die VUW außerhalb des Wartburgkreises keinen Gelegenheitsverkehr betreiben darf.

Sachverhalt zu 4.

Im Haushaltsplan 2019 waren mehr als 1.000.000,00 € in der Position „Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung“ vorgesehen.

Nach dem Vorliegen der Haushaltspläne stellt sich das wie folgt dar:

HH für 2019 (Stand 22.11.2018)

Ist 2017:	1.255.419,34 €
Soll 2018:	1.340.700,00 €
Soll 2019:	1.520.300,00 €

Laut Geschäftsbericht vom 18.12.2019:

Ist für 2019:	1.480.440,42 €
----------------------	-----------------------

Laut HH für 2020 (Stand 10.12.2019):

Ist für 2018:	1.724.323,27 €
Soll für 2019:	2.021.040,00 €
Soll für 2020:	1.480.440,00 €

Im Ergebnis zeigt diese Zusammenstellung,

- dass im „Ist“ des Jahres 2018 ca. 400.000,00 € mehr verausgabt, als im HH des Jahres 2017 veranschlagt wurden
- dass für den HH-Plan 2019 (erstellt im November 2018) ein „Soll“ für 2018 in Höhe von 1.340.700,00 € ausgewiesen wurde und kein Jahresrechnungsbetrag (Ist),
- dass im Geschäftsbericht (Dezember 2019) ein „Ist“ für den HH 2019 in Höhe von 1.480.440,42 € ausgewiesen ist,
- dass für den HH-Plan 2020 (erstellt im Dezember 2019) ein „Soll“ für 2019 in Höhe von 2.021.040,00 € ausgewiesen wurde und kein Jahresrechnungsbetrag (Ist).

Abgesehen davon, dass für die Aufstellung neuer Haushaltspläne keine Vorjahresrechnungen vorliegen, sondern auch unterschiedliche „Soll-Angaben“ des Vorjahres im HH-Plan und im Bericht des Vorstandes, ist im Besonderen verwirrend, dass für den HH des Jahres 2019 drei verschiedene Summen mit verschiedenen Einstellungen „Soll - Ist“ angegeben werden.

- im November 2018 ein „Soll“ für HH 2019: 1.520.300,00 €
- im Dezember 2019 ein „Ist“ für HH 2019: 1.480.440,42 €
- im Dezember 2019 (für HH 2020) ein „Soll“ für HH 2019: 2.021.040,00 €

Sachverhalt zu 5.

Die oben genannten „Unstimmigkeiten“ in Sachen „Soll - Ist - Ausweisung“ und die erheblichen Veränderungen in der finanziellen Höhe der Position sollten den Mitgliedern des Verwaltungsrates, insbesondere dem Vorstand, nicht unbemerkt geblieben sein.

II. Fragestellung

1. Auf welcher Rechtsgrundlage bzw. mit welcher Begründung wurden diese Landesmittel durch den Vorstand der VUW nicht fristgerecht weitergereicht?
2. Wie viele Fahrer sind im Unternehmen angestellt und wie viele Überstunden liefen im Jahr 2019 tatsächlich pro Fahrer auf?

3. Woraus resultieren diese ca. 2 Mio. € bzw. wie belastbar stellen sich diese in der Jahresrechnung für 2019 dar? (Auflistung bitte nach Individualbeförderung, Gelegenheitsverkehr, sonstige Einnahmen)
4. Welche konkreten „Vorsorgen und Unterstützungen“ zwischen 1.255.419,34 € (Ist - 2017) und 2.021.040,00 € (Soll - 2019) € sind für wen in der Position „Soziale Ausgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung“ vorgesehen?
5. In welcher Form wurden diese „Unstimmigkeiten“ in den Sitzungen des Verwaltungsrates thematisiert und durch den Vorstand, Herrn Schauerte, nachvollziehbar entsprechend der Haushaltklarheit und Haushaltswahrheit dargelegt, so dass keine Korrektur erfolgen musste?

Frau Gisela Rexrodt
Vorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion